



Derzeit erfolgt die Finanzierung des Gesundheitssystems nach drei verschiedenen Modellen. KARIN HOFER / NZZ

Falsche Anreize im Gesundheitswesen

Die Gesamtkosten des Schweizer Gesundheitswesens nähern sich rasch der Marke von 100 Milliarden Franken pro Jahr. Nun stimmt die Schweiz am 24. November über einen weiteren Reformschritt ab. Aber der wird nicht genügen. Es braucht neue Ideen. Gastkommentar von Alix Rey und Romain de Luze

Derzeit erfolgt die Finanzierung des Gesundheitssystems nach drei verschiedenen Finanzierungsmodellen: ambulante Versorgung, stationäre Versorgung und Pflege. Ambulante Pflegedienste verlaufen ohne Krankenhausübernachtung – zum Beispiel bei einer Darmspiegelung. Sie werden vollständig von den Patienten und ihren Krankenkassen übernommen. Stationäre Behandlungen erfordern mindestens eine Übernachtung: eine Hüftoperation beispielsweise. Die Kosten, die nicht von den Patienten bezahlt werden, tragen zu mindestens 55 Prozent der Wohnkanton und zu 45 Prozent die Krankenkasse. Schliesslich gibt es noch die Krankenpflege, die in medizinisch-sozialen Einrichtungen oder zu Hause erbracht wird. Die von den Patienten nicht gedeckten Pflegekosten werden zu 46 Prozent vom Kanton und zu 54 Prozent von der Krankenkasse finanziert. Bei allen Versorgungsarten leisten die Patienten als Teil der Eigenverantwortung einen Beitrag in Form von Selbstbehalten (Franchise) und Zuzahlungen (Quotenanteil).

Das Parlament hat mit einheitlicher Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen im Bereich der Akutversorgung (Efas) ein neues Finanzierungsmodell beschlossen, welches am 24. November zur Abstimmung kommt: Die Krankenversicherer würden bis zu 73,1 Prozent aller Gesundheitsleistungen finanzieren, während die Kantone mindestens 26,9 Prozent übernehmen würden. Mit dieser Reform müssen sich die Kantone stärker beteiligen, die Prämien dürften sinken bzw. weniger stark steigen. Die Efas wird allerdings nicht in der Lage sein, die bestehenden Fehlanreize auf der Angebots- und Nachfrageseite zu beseitigen. Angebotsseitig haben die Leistungserbringer weiterhin finanzielle Anreize, vor allem dann, wenn sie die von ihnen vorgeschlagenen Behandlungen gleich selbst ausführen können.

Nachfrageseitig leisten die Patienten zwar durch Selbstbehalte und Zuzahlungen einen Beitrag. Sie sind sich der tatsächlichen Kosten jedoch nicht bewusst, da sie ihnen nicht im Voraus bekannt sind. Zudem übernehmen andere (Versicherungen, Kantone) den grössten Teil der Kosten. Wie bei einem All-inclusive-Aufenthalt in einem Hotel, bei dem der Einzelne keinen Anreiz hat, den Aufenthalt möglichst sparsam zu gestalten, gibt es auch im Gesundheitswesen also eine «Moral hazard»-Problematik.

Ein Beispiel: Seit Januar 2022 ist es gesetzlich vorgeschrieben, den Versicherten eine Kopie ihrer Rechnungen zur Verfügung zu stellen. Mehr Information, mehr Bewusstsein, so die Logik hinter dieser Massnahme. Die Wirkung ist bescheiden. Das Grundproblem des «moral hazard» wird damit nicht gelöst; zudem erhalten die Patienten die Kosteninformationen erst nach der Behandlung, also wenn die Entscheidungen bereits getroffen worden sind. Die Leistungserbringer sollten ihre Patienten im Voraus über die Behandlungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Kosten informieren.

In Anbetracht der Komplexität des Systems und des Fehlens geeigneter Anreize (z. B. des «moral hazard») kann es sich lohnen, einen Blick auf andere Systeme zu werfen, welche die Probleme besser lösen. In Singapur etwa hat jeder Bürger ein individuelles Sparkonto, das zur Finanzierung sei-

Im Gesundheitswesen ist es wie bei einem All-inclusive-Aufenthalt in einem Hotel, bei dem der Einzelne keinen Anreiz hat, den Aufenthalt möglichst sparsam zu gestalten.

ner gegenwärtigen und künftigen Gesundheitsausgaben bestimmt ist. Das System bietet direkte Anreize für die Patienten, sich für kosteneffiziente Behandlungen zu entscheiden. Flankierende Massnahmen sorgen für eine angemessene Behandlung, falls das Konto aufgebraucht ist.

Ein anderer Weg ist die Entflechtung der Leistungserbringer. Hier könnte dies bedeuten, dass Ärzte, die Patienten über deren Behandlungsmöglichkeiten beraten, finanziell unabhängig von denjenigen sein müssen, die die Leistungen erbringen. Dies könnte die Anreize auf der Angebotsseite dämpfen, würde allerdings zu Doppelspurigkeiten führen. Eine dritte Möglichkeit ist, dass sich Versicherer und Krankenhäuser zusammenschliessen. Ein Beispiel dafür ist das integrierte Versorgungsmodell, das im Januar 2024 im Arc jurassien eingeführt wurde. In diesem System ist die Versicherung Visana ein neben dem Versorgungssystem des Kantons Bern und einem privaten Investor gleichberechtigter Partner. Das Ziel ist, die beste und kostengünstigste Lösung zu finden. Indem die Interessen aller Beteiligten (Leistungserbringer, Kostenträger und vor allem Patienten) aufeinander abgestimmt werden, kann in die Prävention investiert und eine personalisierte Pflegekoordination angeboten werden. Im Unterschied zu den meisten Krankenkassen in der Schweiz steigen die Prämien für die Mitglieder des Réseau de l'Arc nächstes Jahr nicht.

So oder so sollte die Schweiz offenbleiben für weitere Verbesserungen im Gesundheitssystem. Die Bürgerinnen und Bürger sind es, die mit ihrem Handeln die Nachhaltigkeit und Lebensfähigkeit des Gesundheitsmodells bestimmen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren individuellen Ressourcen wird sich auf jeden Fall positiv auf das Gesundheitssystem als Ganzes auswirken.

Alix Rey ist am International Institute for Management Development (IMD) in Lausanne tätig, **Romain de Luze** bei Swiss Economics. Mitarbeit: José Parra-Moyano (IMD) und Urs Trinkner (Swiss Economics).

Bei einem Blick in die deutschsprachige Presse könnte man meinen, es gebe keinen einzigen Grund, Donald Trump zu wählen; nur hätten das die «Make America Great Again»-Spinner nicht begriffen. Nun kann man tatsächlich der Meinung sein, dass es Trump am nötigen Mass an Integrität fürs Weisse Haus fehlt: die Lügen, die Drohung, politische Gegner zu verfolgen, die Mär von der gestohlenen Wahl. Dennoch wird am Dienstag die Hälfte der Stimmen auf den Ex-Präsidenten entfallen. Das lässt sich nicht allein durch Wirkköpfe erklären. Doch was bewegt vernünftige Menschen dazu, für Donald Trump zu stimmen?

Verblendung der Demokraten

Die Demokratische Partei hat sich in den letzten Jahren im Narrativ des strukturellen Rassismus verrannt. Während mittlerweile ein überparteilicher Konsens besteht, dass sich zum Beispiel im Justizsystem tatsächlich Dinge ändern müssen, verschrecken die Demokraten mit einseitigen Vorstellungen moderate Wähler. So wurden etwa in zahlreichen demokratisch regierten Städten Straftaten entkriminalisiert. Doch wenn in Läden am helllichten Tag ungeniert Regale leer geräumt werden, profitiert nicht der afroamerikanische Familienvater, sondern Gruppen dreier Krimineller. Das ist für alle klar – ausser für eingefleischte Demokraten.

Derartige Fehlentscheidungen, die im Namen der «Gerechtigkeit» stolz verteidigt werden, beschränken sich nicht aufs Justizsystem. So hat Kamala Harris Anfang Oktober Kredite speziell für afroamerikanische Männer versprochen, nachdem klageworden war, dass dieses Jahr rund doppelt so viele von ihnen für Trump stimmen wollen als noch vor vier Jahren. Das Wahlversprechen ist wohl verfassungswidrig; die Kritik liess nicht lange auf sich warten. Im Nachgang «präzisierte» Harris' Team, die Kredite würden allen offenstehen. Versprechen der Demokraten, grössere Teile der Wirt-

Auch vernünftige Leute wählen Donald Trump

Der Erfolg des Ex-Präsidenten lässt sich nicht einfach mit einer verrückten, ideologisierten Anhängerschaft erklären. Zentral ist mehrfaches Versagen aufseiten der Demokraten. Gastkommentar von Frédéric Urech

schaft unter staatliche «Aufsicht» zu stellen, stossen nicht nur auf Begeisterung. Harris verspricht, sie werde «Preistreiberei für Alltagsgüter» verbieten. Dass in erster Linie Gesteuerkosten und nicht Wucher die Preise hat steigen lassen – und viele Nahrungsmittelkonzerne heute tiefere Margen haben als vor der Pandemie –, erwähnt sie nicht. Wer zweifelt, dass im (Detail-)Handel Marktmechanismen greifen, dem sei ein Besuch in einem Costco-Supermarkt empfohlen – die Margen liegen offensichtlich tief, bei rund 10 Prozent.

Besonders heikel wird es, wenn Inkompetenz mit Ideologie kombiniert wird. Die FAA, die amerikani-

sche Flugsicherheitsbehörde, hat viel zu wenige Fluglotsen. Diese klagen über Erschöpfungssymptome, und es gibt immer mehr Beinahezusammenstösse. Doch gut vorbereitete Anwärter werden gezielt aussortiert, wenn sie keiner Minderheit angehören. Unter der Leitung der Demokraten hat die FAA die Überprüfung der Eignung als ersten Bewerbungsschritt durch einen Fragebogen ersetzt. Dieser vergibt Punkte an Leute, die angeben, Naturwissenschaften seien ihr schlechtestes Fach. Damit sollen «Hürden» für schwarze Anwärter abgebaut werden.

Das beste Argument gegen Trump ist der Sturm auf das Capitol – seine Wahl könnte das Ende der

amerikanischen Demokratie bedeuten. Aus einem ähnlichen Kalkül begrüsst Hillary Clinton bereits vor neun Jahren Trumps Kandidatur. Laut internen E-Mails hatte sie 2015 vor, die republikanischen Präsidentschaftsanwärter in «extreme Positionen zu zwingen», um «jegliches Vertrauen in sie zu untergraben» – so dass sie keine unabhängigen Wähler für sich gewinnen können. Gemäss der «Washington Post» nutzen die Demokraten diese Taktik bis heute, sie haben Millionen in Werbung für extreme «Make America Great Again»-Kandidaten investiert.

Die Frage ist berechtigt: Halten die Institutionen der Vereinigten Staaten Trump noch einmal vier Jahre stand? Ein Risiko, dass das nicht gelingt, besteht sicherlich. Auch die Republikaner sollten sich eingestehen: Nicht alles, was die Gegenseite sagt, ist von vornherein falsch.

Die eigentliche Gefahr

Stammesdenken ist die grösste Gefahr für das Land. Man ist sich seiner Sache so sicher, man hört die andere Seite nicht mehr an. Das hat zur Verblendung der Demokraten geführt, und es führt zu realitätsfremden Entscheidungen. Zu verstehen, wieso Andersdenkende anders denken, ist zentral; ihr Standpunkt enthält unabdingbares Feedback.

Dazu gehört auch folgende Erkenntnis: Unter den Teilnehmern von Trump-Rallys, die in «Make America Great Again»-Montur auftreten, mögen zahlreiche Rassisten und Frauenhasser sein. Doch die breite Unterstützung für Trump erklärt sich damit nicht. Viele moderate Wähler sehen sich zu einer Entscheidung gezwungen – für eine Präsidentin, welche so gar nicht ihre politische Haltung widerspiegelt, oder einen Präsidenten, dessen Persönlichkeit die Demokratie gefährden könnte. Sie sind nicht zu beneiden.

Frédéric Urech lebt im Silicon Valley und studiert an der Universität Stanford.